

ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm "Abwasser/WRRL"

Investitionsbank des Landes Brandenburg
Referat Umwelt
Postfach 60 08 07
14408 Potsdam

Antragsnummer der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Eingangsstempel der
Investitionsbank des Landes Brandenburg

1 Angaben zum Antragsteller

1.1 Unternehmensbezeichnung

Unternehmensbezeichnung

Gründungsdatum

Rechtsform

1.2 Hauptsitz

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

1.3 Gesetzliche(r) Vertreter(in)

Name

Vorname

Akademischer Titel

Funktion

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

1.4 Bevollmächtigte(r)

kein(e) Bevollmächtigte(r)

Bevollmächtigte(r)

Name

Vorname

Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung

Telefonnummer mit Vorwahl

Faxnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

Für jeden Bevollmächtigten ist die jeweilige Vollmacht im Original beizufügen.
Den Vordruck finden Sie auf www.ilb.de.

1.5 Ansprechpartner(in)/Projektleiter(in)

_____		_____	_____
Name		Vorname	Akademischer Titel

Funktion/Dienststellung			

_____	_____	_____	
Telefonnummer mit Vorwahl	Faxnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

1.6 Branche

_____	_____
Art der gewerblichen Tätigkeit	Branchenschlüssel

1.7 Auftraggebereigenschaft

Bei dem Antragsteller handelt es sich um einen Auftraggeber im Sinne des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Darunter fallen öffentliche Auftraggeber (§ 99 GWB), Sektorenauftraggeber (§ 100 GWB) und Konzessionsgeber (§ 101 GWB).

- ja
 nein

Die Anlage „Auftraggebereigenschaft“ und das Merkblatt zu den Vergabebestimmungen sind auf www.ilb.de verfügbar.

Eine unzutreffende Einordnung, kein Auftraggeber im Sinne des § 98 GWB zu sein, sowie daraus folgende Verstöße gegen Regelungen und Nebenbestimmungen eines eventuellen Zuwendungsbescheides können zur teilweisen oder vollständigen Kürzung oder Rückforderung der Zuwendung führen. Es wird empfohlen, sich in Zweifelsfällen zum Status eines Auftraggebers im Sinne des § 98 GWB fachkundig beraten zu lassen. Gegebenenfalls sind vom Antragsteller aussagekräftige Dokumente wie bspw. eine Bestätigung der jeweiligen Aufsicht oder ein Rechtsgutachten einzureichen.

1.8 Belegaufbewahrung

Der Antragsteller verwendet ein digitales Belegaufbewahrungs- und -archivierungs-system.

- ja (Bezeichnung des Systems: _____)
Das System entspricht den Grundsätzen zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD).
 ja
 nein
 nein

Das Merkblatt "Belegaufbewahrungs- und -archivierungssysteme" ist auf www.ilb.de verfügbar.

2 Angaben zur Maßnahme

2.1 Fördergegenstand (gem. Nummer 2 der Richtlinie)

(bitte Zutreffendes ankreuzen)

- 2.1 Ertüchtigung im Sinne eines technischen Ausbaus (Aufrüstung) von Kläranlagen zum verbesserten Rückhalt von Stickstoff, Phosphor und organischen Frachten
- 2.2 Kapazitätserweiterung von Kläranlagen
- 2.3 Neubau von Kläranlagen, wenn
- a) die behördlich angeforderte Verbesserung des Nährstoffrückhalts an einer bestehenden Kläranlage im baulichen Zustand oder aus verfahrenstechnischen Gründen nicht möglich ist oder unwirtschaftlich wäre.
- b) dies für eine dauerhaft ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung erforderlich ist und hierfür keine zumutbaren Alternativen bestehen.
- 2.4 Herstellung einer Überleitung von Abwasser auf eine Kläranlage mit höherem Nährstoffrückhalt, wenn
- a) die bestehende Kläranlage stillgelegt wird.
- b) die Abwasserüberleitung für eine dauerhaft ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung erforderlich ist und hierfür keine zumutbaren Alternativen bestehen.
- 2.5 Neubau von Ausgleichsbecken auf Kläranlagen
- 2.6 Neubau von Anlagen zur Behandlung von Niederschlagswasserabflüssen aus dem Trennsystem

2.2 Kurzbezeichnung der Maßnahme

Maßnahmebezeichnung

2.3 Maßnahmeort

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

2.4 Zeitliche Durchführung der Maßnahme (Durchführungszeitraum)

Tag	Monat	Jahr

Beginn Durchführungszeitraum

Tag	Monat	Jahr

Ende Durchführungszeitraum

2.5 Maßnahmebeschreibung

Grundlage der Maßnahme

Wasserrechtlicher Bescheid erteilt am: _____

Umsetzungsfrist gemäß wasserrechtlichem Bescheid: _____

2.6 Lieferung und Leistung bei Verflechtungen

Ist die Vergabe von Aufträgen an verflochtene Dritte geplant?

- ja
 nein

Verflechtungen können sowohl rechtlich und wirtschaftlich, als auch personell oder organisatorisch vorliegen. Für den Begriff der wirtschaftlichen und rechtlichen Verflechtung ist Artikel 3 des Anhangs der Empfehlung der Europäischen Kommission zur KMU-Definition vom 06.05.2003 (ABl. Nr. L 124 vom 20.05.2003, Seite 36 ff.) maßgeblich. Das Merkblatt „KMU-Definition der EU“ ist auf www.ilb.de verfügbar. Die personelle Verflechtung lässt sich anhand der in § 15 Abgabenordnung verankerten Definition zu Angehörigen bestimmen. Eine organisatorische Verflechtung liegt vor, wenn eine natürliche oder juristische Person oder eine Gruppe dieser Personen sowohl zum Auftraggeber als auch Auftragnehmer gesellschaftsrechtlich oder aufgrund von Rechtsverhältnissen, die das Erbringen von Tätigkeiten zum Gegenstand haben, verbunden ist und die Entscheidung über die Auftragserteilung zumindest eines von ihnen beeinflussen kann.

2.7 Weiterleitung an Dritte

Zur Umsetzung der Maßnahme ist die Weiterleitung der Zuwendung bzw. Zuwendungsteilbeträge an Dritte geplant.

- nein
 ja, das nachstehend genannte Merkblatt wurde zur Kenntnis genommen

Das Merkblatt "Weiterleitung von Zuwendungen an Dritte" - Nicht-EU ist auf www.ilb.de verfügbar.

2.8 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung der Maßnahme

Zur Finanzierung der Maßnahme wurden oder werden weitere öffentliche Mittel bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

- ja (Die öffentlichen Mittel sind als Finanzierungsmittel unter dem Punkt "Finanzierung" anzugeben.)
 nein

2.9 Ausgaben

Ausgaben	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR	Jahr _____ in EUR	Jahr _____ in EUR	Jahr _____ in EUR
Investive Kosten für die Umsetzung						
Allgemeine Aufwendungen für Architekten- und Ingenieurleistungen	X					
Summe						
Gesamtausgaben						

2.10 Finanzierung

Hinweis: Die Summe der Finanzierungsmittel muss der Summe der Ausgaben/den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben entsprechen.

Finanzierungs- mittel	zuwendungs- fähig in EUR	nicht zuwen- dungsfähig in EUR	Summe in EUR	Jahr _____ in EUR	Jahr _____ in EUR	Jahr _____ in EUR
Fremd- finanzierung 1						
Öffentliche Mittel (gem. 2.8)						
Zuschuss		XXXXXX				
Eigenmittel						
Summe						
Gesamt- finanzierung						

2.11 Beantragte Zuwendung

Hinweis: Die Angabe der EW muss der Anlage EW entsprechen. Bitte beachten Sie die Bagatellgrenze gem. Pkt. 5.4 der Richtlinie

Zuwendung	Höhe (EUR)
Zuschuss (80 %; Kläranlagen unter 10.000 EW)	
Zuschuss (70 %; Kläranlagen 10.000 EW bis 49.999 EW)	
Zuschuss (60 %; Kläranlagen 50.000 EW bis 99.999 EW)	
Zuschuss (50 %; Kläranlagen ab 100.000 EW)	
Zuschuss (80 %; Anlagen zur Behandlung von Niederschlagswasser)	

3 Erklärungen des Antragstellers

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken bestätigt werden.)

Der Antragsteller erklärt, dass

- 3.1 nicht vor Antragseingangsbestätigung der ILB mit der Maßnahme begonnen wurde/wird,
(Hinweis: Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich jeder Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder das Leisten von Projektstunden zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks (z. B. Gebäudeabbruch, Planieren) nicht als Beginn der Maßnahme, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.)
- 3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,
- 3.3 ihm bekannt ist, dass
- die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
 - Verstöße gegen das Vergaberecht eine teilweise oder vollständige Kürzung der Zuwendung zur Folge haben können.

Das auf www.ilb.de verfügbare Merkblatt zu den Vergabebestimmungen wurde zur Kenntnis genommen.

- 3.4 sofern zutreffend, die Weiterleitung an Dritte entsprechend den Vorgaben des Merkblattes "Weiterleitung von Zuwendungen an Dritte" - Nicht-EU erfolgt.
- 3.5 Weiterhin erklärt der Antragsteller, dass
- der zu fördernden Maßnahme eine behördliche Anforderung zur Reduzierung von Nährbeziehungsweise Schadstoffeinträgen in die Gewässer zugrunde liegt und
 - die Maßnahme zu deren Umsetzung erforderlich ist,
 - dass bei der beantragten Maßnahme der Vergleich aller sinnvollen Alternativen durchgeführt wurde und die optimale Variante anhand der dynamischen Kostenvergleichsrechnung ermittelt wurde.

Der Antragsteller bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.5.

- 3.6 Der Antragsteller erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

- 3.7 Der Antragsteller erklärt, dass ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionengesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- zum Transparenzrichtlinie-Gesetz sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte
- Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- die Maßnahmebeschreibung
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen

- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere ANBest-P/ANBest-G/ANBest-EU/ANBest-Kost/NBest-Bau) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf www.ilb.de verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

4 **Datenschutzrechtlicher Hinweis**

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrags bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese aufgrund eines datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestandes durch den Antragsteller/Fördernehmer anzufordern und zu beschaffen. Den Dritten ist das Informationsblatt Datenschutz der ILB auszuhandigen und die Aushändigung durch den Dritten zu bestätigen.

Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie auch jederzeit auf Anforderung in Papierform. Zusätzlich steht das Dokument auf der Internetseite der ILB unter www.ilb.de/datenschutz zum Download zur Verfügung.

Direktlink Informationsblatt Datenschutz: <https://www.ilb.de/media/dokumente/sonstige-dokumente/rechtshinweise/informationsblatt-datenschutz.pdf>

Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises und des Informationsblattes Datenschutz

Der Antragsteller ist mit der Kommunikation über unverschlüsselten E-Mail-Verkehr einverstanden:

- ja
 nein

Hinweis: Ein Austausch rechtsverbindlicher Erklärungen kann nicht im E-Mail-Verkehr erfolgen.

Ort, Datum

Unterschrift(en) des Antragstellers/Stempel bzw. Siegel

Name(n) in Druckbuchstaben

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
aus dem Programm "Abwasser/WRRL"

Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch Anklicken ☒ zu kennzeichnen.)

- Vollmacht(en) oder Unterschriftsprobenblatt
- wasserbehördliche Stellungnahme (formgebunden)
- Genehmigungsplanung
- behördliche Zulassungen (z.B. Baugenehmigung, wasserrechtliche Zulassungen, Planfeststellungsbeschluss, Plangenehmigung)
- Nachweis der behördlichen Anordnung zur Reduzierung von Nähr- beziehungsweise Schadstoffeinträgen in die Gewässer
- für Verbände: aktuelle Verbandssatzung
- Anlage EW
- _____

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.

Anlage zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm "Abwasser/WRRL"

Stellungnahme der Wasserbehörde

1 Angaben zum Vorhaben - von der/dem Antragstellenden auszufüllen -

1.1 Antragstellende(r)

1.2 Bezeichnung des Vorhabens

1.3 Dem Antrag liegt die wasserbehördliche Entscheidung

der unteren Wasserbehörde (UWB) Landkreis _____

der oberen Wasserbehörde (OWB) im Landesamt für Umwelt

mit Aktenzeichen _____ vom (Datum) _____

zugrunde.

2 Stellungnahme - von der UWB auszufüllen -

2.1 Die Vorhaben- und Genehmigungsplanung liegt vor.

ja nein

2.2 Mit der wasserrechtlichen Erlaubnis liegen alle notwendigen wasserbehördlichen Entscheidungen vor. Es ist keine weitere Bescheidung erforderlich.

Eine positive Bescheidung ist erforderlich.

Sie steht nach derzeitigem Sachstand in Aussicht.

ja nein

ist bereits ergangen

2.3 Die wasserbehördlichen Zuständigkeiten für die Einleitung (UWB) und die Anlage (OWB) fallen auseinander.

ja nein

Wenn ja: Eine positive Bescheidung anlagenbezogener Entscheidungen durch die OWB steht nach derzeitigem Sachstand in Aussicht. - von der OWB auszufüllen -

ja nein

ist bereits ergangen

3 Bemerkungen

UWB:

Ort, Datum

Unterschrift(en)/Stempel

Name(n) in Druckbuchstaben

Soweit nach Nummer 2.3 zutreffend:

OWB:

Ort, Datum

Unterschrift(en)/Stempel

Name(n) in Druckbuchstaben

**Anlage EW zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
aus dem Programm "Abwasser/WRRL"**

Antragstellende(r): _____

Antrag vom: _____

Ermittlung Einwohner und Einwohnerwerte

**1 Maßnahmebezogene Einwohner (E) und Einwohnerwerte (EW)
zum Nachweis der Förderfähigkeit**

1.1	Von der beantragten Maßnahme bevorteilte Einwohnerinnen und Einwohner	_____	E
1.2	Nachgewiesene Einwohnergleichwerte (EGW) im Bereich der beantragten Maßnahme nach Arbeitshilfe Kleingewerbe des MLUL	_____	EGW
1.3	Für die Bemessung maßgebend (Summe Pos. 1.1 und 1.2)	_____	EW